

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.00 Uhr
Ende: 14.00 Uhr

1) Shopping-Guide Graz

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Im Sommer hat der Shopping-Guide Graz unter dem Grazer Innenstadthandel ziemliche Aufregung ausgelöst. Dieser Guide mit dem Titel „Einkaufen mit Genuss, Geschäfte und Lokale in der Grazer Innenstadt“ hat berechtigterweise Kritik hervorgerufen, weil dort ganz prominent als Einkaufszone das Gebiet zwischen Jakominiplatz, Hauptplatz und der Murgasse ausgewiesen wurde. Da sind natürlich viele internationale Handelsketten angesiedelt, die ohnehin ein sehr großes Werbebudget haben, die in jeder europäischen Metropole zu finden sind und sicher nicht das ausmachen, was das Spezielle am Grazer Innenstadthandel ist. Es wurden dann zwar auch einige Shops außerhalb dieser Einkaufszone genannt, aber die Vielfalt des Grazer Handelsangebotes spiegelt sich in dem Shopping-Guide sicher nicht wider. Zum Beispiel Geschäfte in der Neutrogasse, Reitschulgasse, Jakoministraße oder auch die migrantischen Läden in Gries, Lend, Jakomini finden keine Erwähnung und Bewerbung. Daher stelle ich an dich, liebe Sonja, folgende

Frage:

Warum werden im neuen Shopping-Guide Graz ausschließlich Geschäfte entlang der Achse Jakominiplatz – Hauptplatz – Murgasse beworben?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Werter Gemeinderat, liebe Andrea! Ich danke dir für diese Frage, denn somit habe ich die Möglichkeit, auch ich habe von diesen, nicht nur Diskussionen, auch von diesen Vermutungen gehört, dass der eine oder andere ausgeschlossen wurde, darf ich das jetzt nicht nur berichtigen, sondern auch bestätigen, dass hier ein sehr gutes Produkt im Rahmen eines touristischen Kommunikationsinstrumentes geschaffen wurde. Wir sprechen hier, darf ich das Objekt sozusagen einmal zeigen, von einem Guide, der für die Touristen gemacht wurde. Der Tourismusverband, aber auch Graz-Tourismus hat evaluiert gemeinsam mit Handelstreibenden, auch mit Hoteliers etc., dass der davor aufgelegte und produzierte Shopping-Guide Global Blue nicht zufriedenstellend war, denn es wurde einfach auch vieles nicht gefunden und es war nicht mehr zeitgemäß. Er bestand hauptsächlich aus Inseraten und es war kein Überblick. Ein kleinerer und auch übersichtlicherer Guide war daher die Notwendigkeit, auch im Hinblick und im Benchmark auf andere internationale Städte wie Berlin, Hamburg, welchen nur immer einen Überblick gewährleisten können, um die Menschen, die Touristen in die Innenstadt nicht nur zu locken, eine Vielfalt aufzuzeigen und auch zu präsentieren. Der Guide zeigt die Straßen, so wie du das richtigerweise sagst oder auch das vorgezeigt wurde, aber auch mit speziellen Pfeilen und mit speziellen Anmerkungen werden selbstverständlich auch die Nebenstraßen berücksichtigt und betreffend der Nebenstraßen, wenn wir von Jakoministraße sprechen, von Sackstraße, Sporgasse gibt es, und das ist ein besonders Highlight auch dieses Kommunikationsinstrumentes, gibt es Statements von Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, von Persönlichkeiten aus der Kreativwirtschaft, auch von Gastronomen, wo diese Seitengassen, Geschäfte und auch Gastronomen aufgezeigt wurden. Es war das Ziel, einen Übersichtsguide zu gestalten, es wird nie vollständig sein, es soll eine Vielfalt und die Vielfalt unserer schönen Innenstadt aber auch zeigen, und das Feedback von all den Touristikern, von den Handelstreibenden ist ein sehr positives und ich freue mich, ich habe ein paar mitgebracht, Ihnen diese auszuteilen und dass Sie sie weitergeben für die nächsten Interessenten, die in die Stadt kommen. Danke.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ich meine, ich habe mir das auch angeschaut und es bleibt einfach die Kritik bestehen, dass gewisse Innenstadthandelsbetriebe da vernachlässigt wurden und deshalb lautet meine Zusatzfrage, ob du bereit bist, auch Mittel für die Bewerbung der im Shopping-Guide übergangenen Geschäfte bereitzustellen.

StRin. Mag.^a **Grabner**: All jene, die sich benachteiligt fühlen, ich habe noch keinen Anruf bekommen, auch nicht Graz Tourismus, die der Hardt-Streymayr, sie dürfen sich gerne bei uns melden, auch Heimo Maieritsch zuständig für City-Management ist ja täglich auch Achse und betreut sie. Wenn sich jemand benachteiligt fühlt, bitte wirklich sehr gerne zu melden. Jedoch der Shopping-Guide als Printmedium ist nicht das einzige Instrument, welches wir in den verschiedensten Hotels, Gastronomiebetrieben oder auch im Handel selbst auflegen, es gibt andere Instrumente, da werden wir sie gerne aufnehmen. Wie gesagt, bitte melden und dann können wir gerne ein persönliches Gespräch mit jenen führen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 13.05 Uhr den Vorsitz.

2) Österreichisches Kabarettarchiv

GR. Mag. **Fabisch** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das im Jahr 2000 in Graz gegründete Österreichische Kabarettarchiv vereint

als einziges Spezialarchiv und Dokumentationszentrum seiner Art in Österreich eine Fachbibliothek, eine Zeitungsdokumentation von 1900 bis heute, eine Audio- und Videothek, Sammlungen von Texten, Autographen, Chansons, Noten sowie Programmhefte, Fotos, Plakate und diverse Nachlässe unter einem Dach. Neben der archivarischen Tätigkeit ermöglichte das Kabarettarchiv Führungen, Auftritte von Kabarettkünstlern, organisierte Rundfunk-Direktübertragungen und war bei wissenschaftlichen Veranstaltungen, Ehrungen und Preisverleihungen an Kabarettisten im In- und Ausland vertreten.

Jetzt ist sein Verbleib in Graz in Frage gestellt, obwohl zahlreiche Kunstschaaffende sehr vehement dafür eintreten, diesen Standort zu erhalten. Als Ursache für die Gefährdung dieses Archivs werden Kürzungen seitens des Landes Steiermark genannt.

Alle Ebenen – Stadt, Land, Bund – sind dringend aufgefordert, rasch eine gemeinsame Lösung zu finden, diese kulturelle Einrichtung typisch österreichischer Literatur- und Theatergeschichte hier vor Ort abzusichern und der interessierten Öffentlichkeit und Forschung ganzjährig zugänglich zu machen.

Daher stelle ich an Sie, an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, als für die Wissenschaftspflege zuständiger Stadtsenatsreferent namens der KPÖ folgende

F r a g e :

Bist du bereit, zusammen mit dem Grazer Kulturstadtrat, Landesrat Buchmann und dem Bund, auch unter Einbeziehung der Universität Graz, rasch eine Lösung zu finden, welche den Standort Graz für das Österreichische Kabarettarchiv langfristig absichert (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Andreas! Ich habe da noch hinzuzufügen, dass das Österreichische Kabarettarchiv, ich glaube es nicht überhört zu haben, das Kabarettarchiv hat ja den Standort Graz einmal zugunsten von Straden schon aufgegeben und verlassen.

Zwischenruf GRin. Binder: Müssen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Müssen, gut, sie haben gesagt, sie finden künftig ihre Bleibe in Straden, das haben wir damals auch mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Jetzt freut es uns grundsätzlich, dass die verantwortlichen Persönlichkeiten des Kabarettarchivs nunmehr wieder den Wunsch haben, nach Graz zurückzukehren. Die entsprechenden Gespräche über eine mögliche Rückansiedlung in Graz wurden unter der Federführung der beteiligten Ressort des Landes Steiermark geführt, wobei sowohl die zuständigen Stellen des Landes als auch die VerantwortungsträgerInnen des Kabarettarchivs von mir wissen, dass ich einer Verankerung des Kabarettarchivs insbesondere innerhalb der universitären Landschaft in Graz grundsätzlich sehr positiv gegenüberstehe. Medienberichten vor einigen Wochen habe ich entnommen, dass diese über das Land Steiermark geführten Verhandlungen zumindest noch nicht jenes Ergebnis gebracht haben, welches sich das Kabarettarchiv wünscht. Daraufhin fand bereits am 9. September des Jahres ein Gespräch der Geschäftsführerin des Archivs mit der Leitung des Kulturamtes, die auch für das Wissenschaftsreferat verantwortlich ist, statt. Ich halte es für wichtig, alle Möglichkeiten einer Rückansiedlung dieser in Österreich einzigartigen Einrichtung jetzt sorgfältig zu prüfen und werde daher innerhalb meiner Ressortverantwortung für den Wissenschaftsbereich die Kulturamtsleitung darum ersuchen, diesbezüglich Gespräche mit dem Kulturressort der Stadt Graz, den zuständigen Stellen des Landes

Steiermark sowie allenfalls des Bundes, der Universität, der Karl-Franzens-Universität sowie insbesondere natürlich auch dem Kabarettarchiv aufzunehmen, damit wir da einmal eine endgültige Lösung finden (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Ich wollte mich für die Antwort nur bedanken (*Applaus KPÖ*).

3) Arnold Schwarzenegger – Rückgabe des Ehrenringes

GR. **Hötzl** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Arnold Schwarzenegger ist weltweit wohl der bekannteste lebende Österreicher. In der Vergangenheit hat die Stadt Graz ihren berühmten Sohn mit Auszeichnungen bedacht, das größte Fußballstadion der Stadt nach ihm benannt und seinen persönlichen Erfolg auch touristisch zu nutzen verstanden.

Nach hinlänglich bekannten Differenzen und - in diesem Zusammenhang durchaus entbehrlichen - Wortmeldungen der heimischen Politik kam es leider zu einer Zäsur. Nachdem diese Ereignisse mehrere Jahre zurückliegen und sich die Wogen mittlerweile geglättet haben dürften, erscheint es angebracht, auch in formeller Hinsicht eine – längst fällige - offizielle Versöhnung anzustreben. Herr Schwarzenegger hat sein persönliches Engagement als aktiver Politiker beendet und bei zahlreichen Grazer Politikern könnte durchaus die Einsicht gesiegt haben, über das Ziel hinaus geschossen zu sein.

Da der Gemeinderat der Stadt Graz Herrn Schwarzenegger den ihm verliehenen Ehrenring niemals aberkannt hat, könnte eine Wiederaufnahme der einstmals guten Beziehungen – bei beiderseitigem gutem Willen - sehr rasch bewerkstelligt werden.

Daher richte ich seitens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Frage:

Sind Sie bereit, mit Herrn Schwarzenegger in Kontakt zu treten, um in angemessener Form den Wunsch der Stadt Graz nach der Wiederanknüpfung an die einstmals guten Beziehungen zum Ausdruck zu bringen? Dies impliziert jedenfalls die – eventuell feierliche - Wiederannahme des Ehrenringes der Stadt Graz und die formelle Bekräftigung, dass die Ehrenbürgerschaft Arnold Schwarzeneggers nach wie vor aufrecht ist (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich danke für Ihre Frage. Sie wissen, dass es der Gemeinderat der Stadt Graz war, und zwar als oberstes Organ unserer Stadt, dessen Beschlüsse letztlich dazu geführt haben, dass Arnold Schwarzenegger die Entscheidung getroffen hat, den Ehrenring der Stadt Graz zurückzugeben. Sie wissen, dass meine Fraktion und auch ich persönlich gegen die damals im Gemeinderat gewählte Vorgehensweise waren und ich letztlich einen Brief schreiben musste, der meiner innersten Überzeugung zutiefst widersprochen hat. Als Bürgermeister habe ich jedoch Beschlüsse des Gemeinderates zu vollziehen, sofern diese nicht gesetzwidrig sind. Deshalb habe ich damals diesen Brief geschrieben, es getan und damit ist dieses Thema für mich abgeschlossen, zumal ich auch der Ansicht bin, dass die von Arnold Schwarzenegger getroffene Entscheidung, den Ehrenring der Stadt Graz zurückzuschicken, zu respektieren ist.

GR. **Hötzl**: Also endgültige Entscheidung, vorbei.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also ich sage es jetzt noch einmal, wir sind auch in einem sehr guten Einvernehmen mit Arnold Schwarzenegger, es gibt auch kein Gram oder keinen Ärger, er hat damals geschrieben, dass er ihn zurückgeben möchte aufgrund der Entscheidung des Entfernens vom damaligen Liebenauer Stadion, und das respektiere ich. Wir haben auch keinen anderen Beschluss und damit bleibt es dabei. Der Ring ist gut verwahrt im Tresor (*Applaus ÖVP*).

4) Umsetzung von mehrheitlich angenommenen Beschlüssen des Gemeinderates der Stadt Graz

GR. **Grosz** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Am 25. März beschloss der Gemeinderat von Graz aufgrund einer Initiative von SPÖ und ÖVP folgenden dringlichen Antrag: Die Stadt Graz möge im Wege einer Petition an die Bundesregierung herantreten, die Finanzierung des Risikos Pflege durch ein geeignetes zukunftsicheres und nachhaltiges Finanzierungssystem derart zu lösen, dass Pflegebedürftigkeit nicht zu einem finanziellen Risiko betroffener Menschen wird. Am 8. Juli 2011 haben die Abgeordneten zum Nationalrat Grosz, Schenk, Spadiut und List den Antrag eingebracht, wortident, die Bundesregierung wird ersucht, die Finanzierung des Risikos Pflege durch ein geeignetes zukunftsicheres und nachhaltiges Finanzierungssystem derart zu lösen, dass Pflegebedürftigkeit nicht zu einem finanziellen Risiko betroffener Menschen wird. Wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt durch Stimmen von Schönegger, Silhavy etc. und durch Grüne, BZÖ und

FPÖ unterstützt. Am 17. März 2011 beschloss der Gemeinderat einstimmig eine Resolution an die Bundesregierung sich entsprechend auf internationalen Ebenen für eine generelle und sofortige Abkehr von Atomkraft auszusprechen. Am 8. 7. 2011 haben es die Nationalratsabgeordneten wortident eingebracht, auch mit der Erklärung, dass es im Grazer Gemeinderat einstimmig erfolgt ist, wiederum haben die Grazer Abgeordneten von SPÖ und ÖVP, und zwar alle, gegen die Resolution des Grazer Gemeinderates gestimmt. Am 20. Mai 2010 brachte der KPÖ-Gemeinderatsklub einen einstimmig angenommenen dringlichen Antrag ein, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege auf, die im vergangenen Jahr erfolgte Erhöhung der Kopierkosten bei Gericht rückgängig zu machen und zu bestimmen, dass Kopien bei Gericht künftig zum Selbstkostenpreis ausgefolgt werden. Daraufhin habe ich im Nationalrat den Antrag eingebracht, die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der die Erhöhung der Kopierkosten bei Gericht rückgängig macht und bestimmt, dass Kopien bei Gericht künftig zum Selbstkostenpreis ausgefolgt werden. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie können sich gleich Fragen vorstellen, wer hat dafür gestimmt, wer hat dagegen gestimmt, es war wieder SPÖ und ÖVP, die aber hier durch ihre Gemeinderäte vertreten sind, hier dafür gestimmt haben, aber in Wien dagegen gestimmt haben, und zuletzt auch ein weiterer Entschließungsantrag betreffend die Pflege, ein SPÖ/ÖVP-Antrag, der hier auch einstimmig beschlossen worden ist, wo leider noch dazu die Grünen im Nationalrat auch dagegen gestimmt haben. Das werde ich dann Ihnen geben, Frau Vizebürgermeisterin, mit der Stimme der Frau Abgeordneten Gschwendtner aus Graz, die Ihnen ein Begriff sein sollte. Also, sehr geehrter Herr Bürgermeister, abgesehen davon, dass wir seit 100 Jahren jetzt in dem Gemeinderat Petitionen an den Bundesgesetzgeber oder an die Landeshauptleute oder an die Bundesregierung beschließen, erwarte ich mir zumindest im Interesse einer einheitlichen Vorgangsweise einer einzigen Wahlpartei, österreichische Volkspartei, sozialdemokratische Partei Österreichs, einer einzigen Gesinnung, das nicht in Graz etwas anderes beschlossen wird, als in Wien getan wird. Das ist kein durchgängiges

Prinzip, zumal ja der Parteigeschäftsführer und Abgeordnete Schönegger heute die Stadt Graz vertritt. Ich hoffe, dass da jetzt nicht er auch da was anderes sagt, als Sie im Grazer Gemeinderat meinen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, das ist inkonsequent (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Entweder schaffen wir jetzt überhaupt diese Petitionen ab, oder Sie erklären mir, und damit komme ich zur Frage, was Sie endlich zu tun gedenken, dass mehrheitlich beschlossene Initiativen des Grazer Gemeinderates einen größeren Erfolg in der Umsetzung haben als bisher?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat, lieber Gerald Grosz! Es ist natürlich immer möglich, viel Negatives aufzuzählen oder vieles, was nicht in unserem Sinn erfolgt ist, es wäre schön, wenn vielleicht auch hier einige Petitionen von dir genannt wurden, in denen Parteien auf anderen Gebietskörperschaftsebenen ihre Zustimmung gegeben haben. Bei Petitionen stehen unsere Anträge und unsere Wünsche manchmal einfach im krassen Gegensatz zu den Interessen anderer Gemeinden oder Gebietskörperschaften. Daher solltest du dich in manchen Fragen natürlich an den Landtag und Nationalrat wenden. Wir werden am heutigen Tag ja auch, die Damen und Herren haben sich wieder zurückgezogen, aber sie werden ja wiederkommen, auch wieder erleben, dass ein individuelles Interesse, vielleicht auch in einer Wohngegend, in einem Bezirk einem Gesamtinteresse der Stadt entgegensteht und dann muss man sich entscheiden, ob man das tut oder nicht. Aber wenn es dir wirklich ein Anliegen ist, so wäre es auch für die Stadt Graz sinnvoll, dass du dich in den Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen hineinreklamierst, in diesem ist das BZÖ nämlich durch Frau Haubner und Herrn Dr. Spadiut vertreten. Du bist nicht einmal Ersatzmitglied. Frau Nationalrätin Haubner ist zugleich auch Obfrau des Ausschusses, vielleicht kann sie dir mehr über den Umgang mit Petitionen der Stadt Graz berichten. Ich glaube auch, dass es politisch ein falsch gewählter Weg ist zu sagen, ich nehme immer nur den Antrag, den ich da habe und bringe ihn dort ein, weil dort wird ein Parlament und auch eine Regierung gar nicht anders können

aufgrund mangelnder Diskussionsmöglichkeiten, deswegen gibt es ja einen Petitionsausschuss, und ich ersuche dich, dass du dich dort hineinreklamierst oder Frau Haubner einmal fragst, wieso denn und wie denn die Petitionen, vor allem im Nationalrat, auch behandelt werden, die wir hinausschicken (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Mein lieber Herr Bürgermeister, deiner Vorstellung entsprechend, ich soll mich doch an den Nationalrat wenden, habe ich getan und zwar schriftlich dokumentiert. Und der Wahwitz bei der Situation ist, dass die Ausschussobfrau Bundesministerin außer Dienst Ursula Haubner den Petitionen der Stadt Graz in diesem Ausschuss immer ihre Zustimmung erteilt hat, wie auch die Mandatare der Grünen und auch die Mandatare der Freiheitlichen, sofern es mit der Linie hier im Grazer Gemeinderat nicht in Konkurrenz steht, sondern im Gleichklang ist, und wir auch im Petitionsausschuss erleben müssen, dessen Berichte ich im Plenum des Nationalrates jedes Mal behandle, seitdem ich im Nationalrat bin, mich auch dazu zu Wort melde, ohne dass ich Ausschussmitglied bin, wir erleben müssen, dass Grazer Abgeordnete auch diese Berichte des Petitionsausschusses über Petitionen der Stadt Graz im Plenum ablehnen, und nur um das geht es und daher frage ich Herrn Bürgermeister mit einer Zusatzfrage, um noch vorher anzumerken, dass es natürlich wirklich sehr bedenklich ist, wenn Mandatare von Nagls Gnaden, die kandidiert haben mit Unterstützung der Grazer Volkspartei und 24.000 Grazerinnen und Grazer, im Nationalrat Platz genommen haben, gegen die Interessen der Grazer stehen. Zur Zusatzfrage, Herr Bürgermeister, welchen Petitionen ist der Bundesgesetzgeber gefolgt die letzten drei Jahre seit 2008, das müsste im Gedächtnis vorhanden sein, die genauso positiv von der Stadt Graz im Bundesgesetzgeber, im Nationalrat erledigt worden sind, welche? Also wenn ich nur die Negativbeispiele bringe, dann hätte ich jetzt gerne von Ihnen die Positivbeispiele, ich habe nämlich keine gefunden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Standort bestimmt den Standpunkt, hat einmal Herwig van Staa gesagt, als er von der Stadt- auf die Landesebene gegangen ist und das wird natürlich auch auf Parlamentsebene sein. Ich glaube, dass es sowieso ganz, ganz schwierig ist für einen Menschen wie dich, der also hier in einer Gemeinderatsstube sitzt und dort im Parlament ist, diese unterschiedlichen Hüte zu tragen, weil es ja auch Gesamtinteresse gibt. Ich kann dir jetzt nicht auswendig alle Initiativen sagen, die zu einer Beschlussfassung geführt haben, aber wenn wir zum Beispiel im Pflegebereich hier Anträge gestellt haben, dann muss ich sagen, dass das vielleicht mit ein Grund war mit vielen anderen Gemeinden, mit vielen anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und Kommunalpolitikern, dass im Pflegebereich endlich ein Pflegefonds geschaffen wurde, ob das dann genau das Modell ist, das wir oft, ich sage es jetzt auch in sehr aufgeregten Stunden einen Tag vorher oder direkt am Tag der Gemeinderatssitzung zusammengesetzt haben, kann ich dir jetzt auswendig nicht sagen, es ist vielleicht ein Beispiel, um zu zeigen, dass ein Anliegen, das wir hatten, auch einen Erfolg auf Bundesebene gezeitigt hat, wir könnten es einmal ausheben (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.20 Uhr den Vorsitz.

5) Busverbindung der Linie 211: Zusteigemöglichkeit an allen Bus-Haltestellen in der Mariatroster Straße umgehend ermöglichen

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Wir erleben ja in Graz gerade in der Verkehrspolitik zahlreiche Kuriositäten im

öffentlichen Verkehr, im Individualverkehr bis zu Baumschlägerungen für Verkehrsmaßnahmen, alles hat es schon gegeben, aber dieses konkrete Beispiel, was ich heute bringe, ist wohl eine besondere Kuriosität, nicht nur, dass dadurch verhindert wird, wirtschaftlichen Erfolg sprich Erträge zu erzielen, sondern auch die Kunden sprichwörtlich sozusagen vor den Kopf gestoßen werden. Es geht um die neue Busverbindung der Linie 211, die die Park-&-Ride-Anlage in Fölling Graz-Mariatrost mit der Innenstadt, sprich Jakominiplatz, verbindet. An sich eine sehr gute Einrichtung, die jedoch nur zu einem minimalen Anteil ernsthaft genützt wird, indem diese Linie über weite Strecken, man muss sich vorstellen, es steigen ja noch nicht so viele Gäste ein in Mariatrost, Zusteigemöglichkeiten gibt es auch nur wenige, dass dieser fast leere Bus zumeist in die Innenstadt fährt und Wartenden an den zumindest gekennzeichneten Haltestellenbereiche in der Mariatroster Straße, die ja doch über mehrere Kilometer nimmt, keine Personen aufnehmen darf, die Busfahrer sind strikt angewiesen, keine zusätzlichen Kunden, die den Umstieg vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr wagen möchten, aufzunehmen. Das ist eine Ressourcenverschleuderung, eine Ressourcenverschleuderung auf einer Linie, die uns rund, so hat es damals geheißen, wie sie eingeführt worden sind, rund 500.000 Euro pro Jahr kostet, und diese Autobusse fahren de facto wie ein Geisterbus spazieren. Ich denke, dass dieser Schutz der heiligen Kuh Straßenbahn, der hier anscheinend an den Tag tritt, wirklich ein Affront der Kunden ist, aber auch der Steuern- und Abgabebzahlenden, die für dieses Defizit, für dieses entstehende Defizit jährlich dann tragen müssen.

Ich möchte daher die

F r a g e

an die zuständige Frau Vizebürgermeisterin richten: Werden Sie sich als für den Verkehr zuständige ressortverantwortliche Vizebürgermeisterin dafür einsetzen, dass die BusfahrerInnen der Linie 211 – nebenbei erwähnt böte sich hier ein ersten

Testbetrieb von E-Bussen an - Wartende an den Haltestellen entlang der gesamten Mariatroster Straße einsteigen und selbstverständlich entgeltlich mitfahren lassen?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Lieber Herr Gemeinderat! Dieses Thema ist keine Erfindung gegenwärtiger Verkehrspolitik, weil es ein bisschen so gekommen wäre, als wäre das so eine Regelung, die man sich in Graz einfallen hat lassen. Es ist eigentlich eine Regelung, die schon länger gilt, es läuft unter dem Begriff Bedienungsverbot, weil es eine Regelung gibt, die sagt oder besagt, dass Regionalbusverkehr möglichst zügig die Region mit der Innenstadt verbinden soll. Das heißt, es gibt dazu eine Vereinbarung, die auf der Verbundebene zwischen den unterschiedlichen Beteiligten auch für andere Regionalbusstrecken in Graz schon lange gilt. Aber, und das gestehe ich Ihnen und natürlich all den Bürgerinnen und Bürgern, die uns da immer wieder kontaktieren, das ist ja kein neues Thema, zu, es ist schwer nachvollziehbar, wenn man dort konfrontiert ist mit einem Bus, der teilweise gefüllt, teilweise weniger gefüllt unterwegs ist und wenn dann die Möglichkeit nicht besteht, an einer Haltestelle, wo man zwar aussteigen kann, nicht wiederum einzusteigen. Die Linie 211 wurde in ihrer Funktion eben als Shuttle-Bus eingerichtet, um die Fahrgäste möglichst schnell von der Park-and-Ride-Anlage ins Zentrum der Stadt zu bringen und es wurden dann parallel zu den parallel geführten innerstädtischen ÖV-Angeboten Ausstiegsmöglichkeiten, aber keine Einstiegsmöglichkeiten vorgesehen, allerdings gibt es vereinzelte Stellen, wobei das möglich ist, die nicht so nahe sind an der Straßenbahn zum Beispiel, dort ist Ein- und Aussteigen möglich, und die Bedienung auch der Haltestellen zwischen Mariatrost Postamt und Opernring sind derzeit eben wegen der Häufigkeit und wegen der Geschwindigkeit nur in eine Richtung möglich. Das ist etwas, was schon länger Thema ist, die Landesrätin, die vormalige und ich haben darüber auch schon öfters verhandelt, es gibt auch weiterhin die Gespräche, noch ein paar Verbesserungen zu erzielen, aber generell möchte ich nicht abweichen von dem System, das eigentlich in vielen Städten üblich ist, dass man sagt, der

Regionalbus soll möglichst zügig nach innen bringen, weil es eben ein innerstädtisches System gibt, das parallel fährt. Allerdings haben wir für die Schüler und Schülerinnen gemeinsam mit den Linien, mit dem Postbus eine Regelung erwirken können, dass diese in der Früh vom Leonhardplatz bis zur Volksschule St. Johann und mittags retour mitgenommen werden können, das heißt, die können einsteigen, die Kinder auf ihrem Schulweg. Das ist eine Sonderregelung, die wir für diese Strecke erzielen konnten, damit wir da einfach entgegenkommen können. Aber es ist noch nicht ganz abgeschlossen, deswegen, weil es immer wieder herangetragen wird und ohne, dass wir jetzt damit zu große Verzögerungen zustande bringen, habe wir auch letztes Mal wieder mit dem Herrn Almer von Postbus das Gespräch gesucht, die eine oder andere Adaptierung, aber nicht die generelle Auflösung dieses Systems anzustreben.

GR. Mag. **Mariacher**: Mir geht es ja nicht um eine Änderung des generellen Prinzips, sondern um eine Lösung für dieses konkrete Problem. Und Sie sagen ja selber, dass es schwer nachvollziehbar ist, dass hier die Argumente ausgehen, das nehme ich einmal davon aus, dass die Kunden an sich sehr gute Argumente haben, Mariatrost ist ein wachsender Bezirk. Der einfließende Bereich oder der Zugangsbereich zur Straßenbahn deckt nicht das ganze Mariatroster Tal ab, das heißt, es ist Platz hier für einen Autobus, der auch von den Nachtlinien entsprechend auch genützt wird und es ist also daher uneinsehbar, dass gerade, die Nachtlinie fährt ja auch ins Mariatroster Tal hinaus, ja es ist eine andere Linie, aber auch ein Bus, der die Stadt Graz mehr oder minder mitbetreibt als Betreiber und es ist daher nicht zu sehen, dass ein anderer Bus der Linie 211 hier sozusagen zusätzliche Kunden außen vor lässt. Weil ich gehe einmal davon aus, dass zahlreiche dieser Kunden nicht dann nachher den weiteren Weg zur Straßenbahn gehen, sondern einfach frustriert sind, hoppla, ich schmeiße mich doch wieder in mein eigenes Auto, weil das zipft mich einfach an, dass einfach der Bus bei mir vorbeifährt. Daher geht meine Zusatzfrage, welcher Schaden entsteht der Holding

Graz GmbH, Sie sind ja auch stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, monatlich aus diesem aufgezeigten Akt der Kundenvertreibung?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: In dem Zusammenhang entstehen meines Wissens keine Abgänge. Ich möchte noch einmal auf Ihre Haltestellenargumentation eingehen. Die Haltestellen, von denen Sie sprechen, sind Ausstiegshaltestellen, die sind überhaupt nicht ausgestattet als Einstiegshaltestellen mit einem Buszeitplan, weil dort an und für sich also Leute, die sich dort hinstellen und dort warten, das ist eigentlich auch teilweise gar nicht nachvollziehbar, weil es Ausstiegshaltestellen sind auf der Regionalbuslinie. Das heißt, die sind nicht ausgestattet wie eine normale Haltestelle mit einem Bustaktplan, wie bei der GVB usw., wo die Leute sich dann dorthin begeben können und einsteigen. Allerdings gibt es eben zwei oder drei, glaube ich, einzelne Haltestellen, wobei das ermöglicht wurde, um das eben im System so gut wie möglich abzudecken, weil es um die Erreichbarkeit der alternativen Verkehrsmittel gegangen ist.

6) Fahrtkostenübernahme

GR. **Hohensinner** stellt an StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Gemeinderat, werte Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Stadträtin! Meine Frage betrifft die Sammelbeförderung von Menschen mit Behinderung. Das Landesbehindertenhilfegesetz bietet die Grundlage für die Fahrtkostenübernahme nach § 23. Das Land beziehungsweise die Stadt übernehmen zu 100 Prozent die Fahrkosten zu Behinderteneinrichtungen, die berufliche Eingliederungsmaßnahmen

oder Tageswerkstättenleistungen anbieten. Für die Hilfeleistungen gemäß § 23 in Verbindung mit § 8 und § 16 war der Anteil allein für die Stadt Graz im Jahr 2010 bei ganze genau 580.201.- Euro.

Da die Leistung von verschiedenen Unternehmen erbracht, aber zu 100 Prozent aus öffentlicher Hand gezahlt wird, sollte eine transparente Auftragsvergabe und eine nachvollziehbare Organisation und auch für alle gleich geltende Leistungskriterien die Umsetzungsgrundlage bilden. Ich habe schon vor dem Sommer eine Frage an dich gestellt, da bin ich am Podium nicht mehr drangekommen, da war die Stunde schon aus, du hast mir eine schriftliche Beantwortung geschickt, die wiederum Fragen aufgeworfen habt, und zwar schreibst du unter anderem: "Aufgrund der Prämisse der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit werden die Fahrtstrecken von den autorisierten Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Behinderteneinrichtungen und im Weiteren mit den Bezirksverwaltungsbehörden abgestimmt...".

Da aber die gesamten Kosten von der öffentlichen Hand gezahlt werden, möchte ich meine Frage noch einmal konkretisieren und erhoffe mir eine ganz klare Antwort. Daher will ich die

F r a g e

nochmals konkretisieren: Nach welchen Kriterien erfolgt die Organisation der Fahrtkostenbeauftragung bei Sammeltransporten nach § 23 des Landesbehindertenhilfegesetzes innerhalb des Sozialamtes, beziehungsweise wer bestimmt, welches Unternehmen wie viele Aufträge erhält. Sollte nicht bei einem Kostenvolumen von über 500.000 Euro eine ordentliche Ausschreibung erfolgen, um die Transparenz sicherzustellen?

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Lieber Kurt Hohensinner! Wir haben uns schon mehrmals mit diesem Thema auseinandergesetzt, ich bin jetzt ein bisschen überrascht, ich habe dir Anfang August angeboten, dass wir einen Termin machen, wo du dabei bist, meine Büroleiterin dabei ist, auch der zuständige Referatsleiter, der Herr Purkarthofer vom Sozialamt. Dieser Termin war dir für Anfang September zugesagt, du hast gesagt, das sei dir zu spät. Jetzt sprechen wir halt am 22. September noch einmal drüber. Aber kein Problem. Offensichtlich habe ich mich wirklich noch immer unklar ausgedrückt. Du hast jetzt wieder gesagt, es ist eine Auftragsvergabe. Es ist keine Auftragsvergabe, wir beauftragen, die öffentliche Hand beauftragt die Transportunternehmen in diesem Fall nicht, sondern der Mensch mit Behinderung bekommt einen Bescheid, wo diese Leistung drauf ist und dann wird ausgesucht je nach Strecke, je nach Kapazität, bei welchem Fahrunternehmen kann er mitfahren. Das heißt, die Stadt Graz hat überhaupt keine Auftragsvergabe und steht in überhaupt keinem Vertragsverhältnis mit den einzelnen Anbietern, das ist Tatsache. Natürlich überprüfen wir, dass das kostengünstigste und dass das zumutbarste Verkehrsmittel gewählt wird. Wir sind aber, wie gesagt, in keinem Vertragsverhältnis mit irgendeinem dieser Transportunternehmer. Die Fahrtkosten selber können natürlich jetzt nicht so eine Spannweite erreichen, dazu gibt es die Tariftabelle von der Wirtschaftskammer, an der sich diese Transportunternehmen orientieren müssen. Ein Vergabeverfahren führt das ad absurdum, die öffentliche Hand, wie gesagt, hat keine Verträge mit den Transportunternehmen, noch können wir diese Transportunternehmen beauftragen, das steht so auch klipp und klar im Behindertengesetz drinnen, da ist überhaupt keine Rede davon, dass die Bezirksverwaltungsbehörden in irgendeinem Vertragsverhältnis oder Auftragsrolle mit den zuständigen Transportunternehmen stehen, das ist so Fakt. Ich hoffe, ich habe mich jetzt klar ausgedrückt, wie gesagt, ich kann nicht ausschreiben, ich kann keinen Auftrag vergeben, das ist das geltende Behindertengesetz in der Steiermark (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Ich bin wirklich entsetzt, liebe Martina, ich glaube, dass du deine E-Mails nicht liest. Weil in deinem Mail bietest du mir an, dass ein Termin bereitgestellt wird, von dem Zeitpunkt an weg in ein paar Monaten war in Aussicht gestellt. Ich habe geschrieben meine Frage wiederholt per Mail, habe gebeten, bitte gib mir klipp und klar eine Antwort darauf, wer sagt, welches Unternehmen, wie viele Aufträge erhält und b) ich möchte bitte auch den Termin wahrnehmen. Es ist leider kein Mail zurückgekommen, nur soviel zu dem. Ich bin zugegebenerweise kein Jurist, deswegen bin ich an die Vergabestelle herangetreten und habe einmal die Fakten auf den Tisch gelegt, und die hat eine andere Sichtweise, ich weiß nicht, ob du mit dem zuständigen Magistratsmitarbeiter einmal gesprochen hast oder ob es da einmal eine Erhebung gegeben hat, ob man vielleicht doch nicht was verbessern könnte bei diesen Vergaben. Und in der letzten Zeit hat es immer wieder Probleme gegeben zwischen den Unternehmen, den Transportunternehmen und den Kunden...

Zwischenruf GR. Schröck: *Da spitzt wer auf das Ressort, aufpassen.*

GR. **Hohensinner**: ...da hat es Probleme gegeben. Jedenfalls haben sich die Träger mit den Unternehmen zusammengesetzt und haben geschaut, dass man da Positives verbessert. Wo ist da die Stadt Graz, da hätte es schon eine Koordinationsaufgabe gegeben, und jetzt komme ich noch zu meiner Frage: Ein erheblicher Teil der Menschen, die da befördert werden, könnten nach meiner Sicht nach einem Mobilitätstraining auch selbständig in die Arbeit fahren. Meine Frage ist im Zuge der Inklusion und im Zuge auch der Sparsamkeit, ob du bereit bist, so ein Mobilitätstraining zu ermöglichen, das ist die eine Frage und die zweite Frage ist, ob du mir jetzt sagen kannst, wer bestimmt, welches Unternehmen wie viele Aufträge

bekommt, noch einmal, du hast es nicht gesagt, du sagst, die Kunden können sich das aussuchen, ist das der Fall (*Applaus ÖVP*)?

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Also, ja die Menschen mit Behinderung, die einen Bescheid bekommen, wählen, wenn sie sich entscheiden, Hausnummer, in eine Tageswerkstätte in der Plüddemangasse zu fahren, schauen sie, welches Unternehmen fährt diese Strecke an und ist da noch ein Platz frei...

Zwischenruf GRin. Gesek: Stimmt nicht.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: ...das ist einmal Faktum. Es gibt keine Vergabe, und wir können da jetzt hunderttausend Mal über irgendwelche Vergaben diskutieren, es gibt keine Vergaben. Es gibt diese Preistabelle der Wirtschaftskammer, in diesem Rahmen müssen sich alle Transportunternehmen bewegen, und der billigste Anbieter hat sechs Autos in Graz und mehr will er nicht anbieten, der will nicht ausbauen, der bleibt konstant bei sechs Autos. Natürlich wäre es klass, wenn alle mit dem billigsten Anbieter fahren würden. Faktum ist, dieser Anbieter hat sechs Autos.

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Kurt, das Amt beauftragt nicht, wir können jetzt noch tausendmal drüber reden, das Sozialamt, das Behindertenreferat beauftragt das Transportunternehmen nicht, das wird von den Menschen mit Behinderung organisiert beziehungsweise wird das teilweise auch von den Einrichtungen organisiert. Aber nun zu dieser Zusatzfrage. Das Mobilitätstraining unterstütze ich ideologisch natürlich zu hundert Prozent. Ich muss allerdings prüfen lassen, ob es im Rahmen des BHG bezuschusst werden kann, weil ansonsten würde es bedeuten, dass das Mobilitätstraining, das ja auch was kostet, zu hundert Prozent von der Stadt getragen werden muss, weil nicht die 60 : 40-Teilung kommt. Das heißt, ich werde das gerne prüfen, ich stehe selbstverständlich dahinter, aber ob wir, wenn wir uns für das Mobilitätstraining entscheiden, wirklich von einem Sparpotential sprechen können, das traue ich mich jetzt nicht zu sagen, wenn die Stadt das zu hundert Prozent tragen muss (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.40 Uhr den Vorsitz.

6) Subvention Megaphon

GRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Sprachmann** stellt an Bgm. **Nagl** folgende Frage:

GRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Sprachmann**: Wertes hohes Haus, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die

F r a g e

ist recht kurz. Entspricht es den Tatsachen, dass seitens Ihres Ressorts die Subventionen für die von der Caritas betriebene Zeitschrift „Megaphon“ heuer gestrichen wurden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrte Frau Doktor! Es entspricht den Tatsachen, gerade im Integrationsbereich, in dem ständig viele neue Projekte, etliche auch EU-kofinanziert an uns herangetragen werden, muss man immer wieder auch Förderungen bedenken und zurücknehmen, denn auch unser Integrationsbudget hat Grenzen. Wie Sie wissen, hat der Gemeinderat auch diese Summen beschlossen. Der zuständige Abteilungsleiter der Caritas wurde bereits zu Beginn des Jahres darüber informiert, dass es heuer keine Subvention für das Megaphon vom Integrationsbereich aus gibt. Dazu gibt es auch eine sachliche Begründung. Die Förderung einer sozialen Straßenzeitung fällt eindeutig in das Sozialressort. Sieht man die Straßenzeitung als Kulturgut an, dann würde sie ins Kulturressort fallen. Dazu kommt, dass im Leitbild des Integrationsreferates die förderungsfähige Zielgruppe klar definiert ist, nämlich jene Personen mit einer Aufenthaltsberechtigung. Da fällt die Zielgruppe AsylwerberInnen jetzt nicht hinein. Also aus der Sicht der Kolporteurs gibt es keinen Anknüpfungspunkt für eine Förderung. Da die Caritas etliche Projekte in Kooperation mit der Stadt durchführt, war diese Kürzung für sie zwar schmerzlich, aber einzusehen. Wie etliche Zeitschriften wird das Megaphon jedoch heuer durch eine Schaltung eines ganzseitigen Inserates unserer Öffentlichkeitsarbeit auch von mir gefördert (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es ist natürlich auch so, dass sich Subventionsempfänger darauf verlassen müssen können, dass sie in einem bestimmten Zeitraum eben Förderungen bekommen, und es ist auch so,

dass natürlich jedes Projekt hier oder dort Anknüpfungspunkte hat. Wie Sie eben gesagt haben entweder Sozialressort, Kulturressort oder auch hauptsächlich Anknüpfungspunkte, und in diesem Fall ist es das Integrationsressort. Man kann sich nicht einfach damit abbeutelnd, dass man sagt, die Zuständigkeit ist irgendwo anders gegeben. Vor allem, wenn Sie jetzt gedenken, vermehrt Subventionen oder Subventionsansuchen abzuschieben beispielsweise in das Sozialressort, dann ist meine Zusatzfrage: Wie gedenken Sie dann dem Sozialressort zusätzliche finanzielle Mittel zukommen zu lassen, beziehungsweise gedenken Sie überhaupt finanzielle Mittel zukommen zu lassen, nachdem Sie sich Ihrer Hauptaufgabe ja entledigen als Integrationsstadtrat (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Dr. Sprachmann, ich glaube, ich habe sehr ausführlich begründet, dass der Hauptgrund auch darin liegt, dass wir sehr, sehr viele andere Integrationsprojekte abwickeln, und manchmal ist man leider auch als Stadtseatsreferent gezwungen, die eine oder andere Förderung zu kürzen oder auch abzusagen. In dem Fall habe ich es gemacht, ich glaube, wir haben es auch frühzeitig gemacht, dass sich auch die Caritas auch darauf einstellen konnte, ich habe es Ihnen ja auch berichtet und habe einfach einmal auch noch eine Anregung gegeben, über die Öffentlichkeitsarbeit tun wir ein bisschen was, vielleicht könnten auch in anderen Ressorts die Anknüpfungspunkte finden, zwei sind mir eingefallen, weil man es zuordnen könnte, auch etwas dafür noch hergeben können. Aber Faktum ist, wir haben, wir werden es ja demnächst vorstellen, jetzt die Welcome-Mappe und vieles mehr, sodass ich nicht mehr in der Lage war, das auch noch zu finanzieren (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

8) Erinnerungskultur/Projekt Stolpersteine

GRin. Mag.^a **Grabe** stellt an StR. Mag. **Müller** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Grabe**: Nachdem meine Frage auf dem Fragespiegel leider ohne Rücksprache mit mir gekürzt wurde, erlaube ich mir die vollständige Frage jetzt vorzulesen. Es geht, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, um Erinnerungskultur und um Ihre Anfragebeantwortung zu meiner damaligen Anfrage zum Projekt Stolpersteine. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Nachdem Sie am 12.5.2011 in Beantwortung meiner Frage bezogen auf das Projekt Stolpersteine ausführten, dass es, Zitat, „die Frage sei, ob Graz mit seiner vielfältigen Kunst- und Kulturszene tatsächlich dieses Projekt eines Kölner Künstlers ‚zukaufen‘ soll“, es sei aber auch wieder, Zitat, "eine neue künstlerische Umsetzung angedacht - als weiterer Denkansatz dieser neuen Projektentwicklung", stelle ich nun die

Frage,

welche konkreten Projektideen und Vorbereitungen es von Ihnen zum Thema Erinnerungskultur bereits gibt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und ob jetzt vielleicht auch ergänzend, ob das jetzt wirklich eine Absage von dem Stolpersteinprojekt ist oder nicht, denn ich habe zufällig heute die Beantwortung einer früheren Anfrage vom Kulturamt bekommen, wo es heißt, dass das Projekt nicht vor 2011 gestartet werden kann. Aber dass die ersten Schritte angefangen werden, das war noch vor Ihrer Zeit, aber die Beantwortung habe ich jetzt bekommen. Also bitte um Aufklärung, was für Schritte für konkrete Erinnerungsprojekte Sie geplant haben und schon vorbereitet haben.

StR. Mag. **Müller**: Der Bereich Erinnerungskultur ist ein ganz wesentlicher Bereich im Kulturressort und es wurden auch tatsächlich Überlegungen angestellt, was hier gemacht werden kann in Fortführung der Aktivitäten, die vom Klubobmann Karl-Heinz Herper in seiner Funktion als Stadtrat auch gesetzt worden sind. Es ist so, dass wir es hier mit Projekten, mit konkreten, zu tun haben, wie zum Beispiel um das Internationale Mahnmal auf dem Zentralfriedhof, das ist nach den jahrelangen Einwirkungen von Feuchtigkeit wirklich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben und wir werden unter Einbindung des Bundesdenkmalamtes hier ein Projekt ausarbeiten und wir hoffen auch, dass wir dieses Projekt entsprechend finanzieren können. Weitere Projekte ist ein Kooperationsprojekt mit Graz Introspektion, am Haus Villefortgasse 7 soll eine Gedenktafel für die Grazer Malerin und Grafikerin Ida Sophia Maly angebracht werden, das Einverständnis des Hausbesitzers liegt vor, wobei wirklich es mit Betroffenheit auch zu bemerken ist, dass diese Frau Maly 1941 in einer nationalsozialistischen Tötungsanstalt ermordet worden ist. Also wir realisieren hier konkrete Projekte, und ich möchte noch ein weiteres anführen, weil es aus einem Privatbereich kommt. Und zwar ein Wiener, der in Graz aufgewachsen ist, will privat an seine Eltern erinnern, die ebenfalls in der Zeit des Nationalsozialismus ums Leben gekommen sind und wir sind dort auch daran, hier eine Gedenktafel, die eben, wie gesagt, auch privat finanziert werden soll, umzusetzen. Weiters im Bereich der Erinnerungskultur konkret angesiedelt ist es so, dass jetzt städtische Wohnhäuser saniert werden in der Triester Siedlung, was ja sehr zu begrüßen ist und dass wir hier auch im Einvernehmen mit anderen Ressorts, es gibt eine Aufschrift, die an einen Luftschutzraum erinnert und dieser Hinweis wird unter Mitwirkung von Prof. Konrad, Vorstand des Institutes für Zeitgeschichte, angebracht werden und es soll hier eine Erinnerungstafel angebracht werden, eben um an diese Zeit entsprechend zu erinnern. Was das Projekt Stolpersteine betrifft, ist es so, dass andere Städte dieses Projekt auch mit privaten Initiativen, mit Vereinen umgesetzt haben und es ist auch so, dass in Graz dieses Projekt von Privatpersonen betrieben wird, und zum derzeitigen Zeitpunkt ist es noch nicht abschätzbar, ob es tatsächlich in Graz zur

Gründung eines Vereines zur Umsetzung der Stolpersteine kommen wird (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Danke für die Beispiele, die jetzt teilweise ja doch deutlich im Sanierungsbereich angelegt sind mit Ausnahme jetzt der Gedenktafeln, was sicher gute Dinge sind. Aber Sie haben damals in Ihrer Anfragebeantwortung auch zugesagt, dass bei der Planung neuer Projekte auch auf WissenschaftlerInnen der Universität Graz, unter anderem des Zentrums für jüdische Studien und natürlich Institut für Zeitgeschichte, zugegangen werde, können Sie das noch ausführen, welche gemeinsamen Projekte da bereits in Planung oder in Vorbereitung sind?

StR. Mag. **Müller**: Also gerade im Bereich Erinnerungskultur ist natürlich, wenn es um die Gestaltung einer Frontfassade eines städtischen Wohnhauses geht, die Mitwirkung von Herrn Prof. Dr. Helmut Konrad vom Institut für Zeitgeschichte, wo also dann wirklich an dieser Fassade eine Inschrift mit einem Erläuterungstext angebracht wird, ein Beispiel dafür, wo diese Kooperation auch tatsächlich durch das Kulturamt umgesetzt wird, anzubringen. Es wird diese Kooperation durchaus auch weiterführend zu sein.

GRin. Mag.^a **Grabe**: Ich haben gefragt, weitere, weil die war in der Anfragebeantwortung schon drinnen, ob es weitere Projekte gibt mit dem Zentrum für jüdische Studien zum Beispiel.

StR. Mag. **Müller**: Da ist derzeit meines Wissens nichts bekannt, aber es ist diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit jedenfalls jederzeit gegeben (*Applaus SPÖ*).

9) Sozialpass

GRin. **Bergmann** stellt an StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Frau Stadträtin Schröck, liebe Martina! Vor knapp einem Jahr hatten wir gemeinsame Gespräche mit Ihnen und dem Kollegen Herper in seiner Funktion als Gesundheits- und Kulturstadtrat bezüglich der weiteren Vorgehensweise beim Sozialpass. Damals wurde vereinbart, einen Diskussionsentwurf zum Sozialpass zu erarbeiten und Gespräche mit Herrn Bürgermeister Nagl bezüglich der weiteren Vorgehensweise zu führen. Herr Bürgermeister Nagl hat mir damals die Gesprächsbereitschaft zugesichert, wenn wir ihm einen Diskussionsentwurf auf den Tisch legen können.

Seit diesem Zeitpunkt haben wir von dir, außer in der Presse, zum Sozialpass nicht mehr viel gehört. Es ist begrüßenswert, dass das Projekt Sozialpass laut Zeitungsmeldungen bei dir oberste Priorität hat. Wir unterstützen dich, nach unseren Möglichkeiten, sehr gerne bei der Umsetzung.

Die KPÖ-Fraktion hat in der Zwischenzeit eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welche sich eingehend mit dem Thema Sozialpass beschäftigt und auch eine Diskussionsgrundlage Konzeptentwurf erarbeitet hat.

Es ist bedauernd wert, dass Graz bis heute - trotz eines einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses im Jahr 2007 - diesen Sozialpass nicht auf die Reihe

bekommt, obwohl es diesen in sehr vielen Städten und Gemeinden in Österreich bereits gibt.

Durch immer mehr Belastungen in Form von Preiserhöhungen bei lebensnotwendigen Dingen und einem Sparpaket durch die öffentliche Hand werden Menschen mit geringem Einkommen immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Es ist daher umso wichtiger, dass die Kommune diesen Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiterhin ermöglicht.

In Graz gibt es durchaus Vergünstigungen, Beihilfen und Zuschüsse für einkommensschwache Menschen, welche jedoch an sehr unterschiedliche Bedingungen geknüpft sind. Hier gebe es die Möglichkeit, den Verwaltungsaufwand zu vereinfachen und für die betroffenen Bürger und Bürgerinnen mehr Übersicht über Leistungen zu bekommen.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Bist du bereit, noch im Herbst dieses Jahres in Zusammenarbeit mit Herrn Bürgermeister Nagl einen runden Tisch mit den betroffenen Stadtsenatmitgliedern sowie mit Vertretern aller Gemeinderatsfraktionen zu organisieren und in weiterer Folge eine Projektgruppe für die Ausarbeitung eines beschlussfähigen Konzeptes zu installieren (*Applaus KPÖ*)?

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Liebe Klubobfrau, liebe Ina Bergmann! Ich stimme dir zu. Ich sehe es ganz gleich, ich finde es auch sehr bedauerenswert, dass die Stadt Graz noch immer keinen Sozialpass umgesetzt hat. Ich denke, eine Stadt wird nie Armut gänzlich beseitigen können, weil Armut auf einer höheren Ebene entsteht und in

mehreren Systemen bekämpft werden muss und das nicht eine Kommune alleine lösen kann. Ich sehe das aber gleich, dass die Kommune dafür zuständig ist, Armut zu mindern und hier sehr wohl einige Instrumente in der Hand hat, damit das auch in der Kommune gelingen kann. Ich möchte an dieser Stelle auch anführen, dass die Zahl der bedürftigen Grazerinnen und Grazer angestiegen ist im Vergleich zum Vorjahr. Im Vorjahr im August hatten wir noch die Sozialhilfe, heuer im August haben wir 4.277 Personen in Graz, die Mindestsicherung beziehen, das ist eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr von 12 %, also die Personen, die hier anspruchsberechtigt wären, werden leider nicht weniger. Und ich möchte dir auch wirklich danken für die Unterstützung von der KPÖ, die nehme ich selbstverständlich sehr gerne an, ich setze mich auch sehr gerne mit Herrn Bürgermeister Nagl und anderen Stadtsenatsmitgliedern zusammen.

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnte das Ende der Wortmeldung von Frau Stadträtin Mag.^a Drⁱⁿ. Schröck und der Beginn der Wortmeldung von Frau Gemeinderätin Bergmann nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).

GRin. **Bergmann:**größten Brocken in diesem Sozialpass, das ist für uns aber leider momentan einfach nicht durchführbar und da werden die Verhandlungen immer wieder scheitern. Für uns geht es in erster Linie einmal, dass wir auch durchforsten, und wir haben wirklich uns die Mühe gemacht und penibelst aufgelistet, welche Leistungen die Stadt Graz heute schon für einkommensschwache Menschen zur Verfügung hat und was wir uns natürlich wünschen würden, aber das sind zwei Paar Schuhe für uns und wir müssen einmal beginnen, ein Sozialpass kann für mich verändert werden, der kann erweitert werden je nach Budgetlage, es geht in erster Linie einmal wirklich festzulegen, was ist jetzt machbar, wo können wir Verwaltungsfragen vereinfachen, wo können wir Geld, das wir hier sowieso schon ausgeben, einbeziehen, es muss Berechnungen insgesamt geben und dann können

wir Schritt für Schritt sagen, das kann die Stadt sich jetzt leisten und das ist Zukunftsmusik, an dem wollen wir weiterarbeiten und da hier wollen wir in den nächsten Jahren in Verhandlungen treten, das ist unsere Vorstellung, wie wir so einen Sozialpass realisieren können; und unserer Meinung nach könnte dieser Sozialpass noch vor der nächsten Wahl realisiert werden, wenn wir in dieser Form an die Sache herangehen (*Applaus KPÖ*), das ist unsere Meinung. Meine Frage ist jetzt, bis wann werden jetzt Dinge von dir als Sozialstadträtin, ich weiß, dass das eine ressortübergreifende Sache ist, aber immerhin bist du Sozialstadträtin und irgendjemand muss die Initiative übernehmen in der Sache, muss die Koordinationsarbeit tätigen, und da frage ich dich, ob du bereit bist, dies zu übernehmen und dass wir in diesem Jahr noch konkret hier etwas vorliegen haben (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnte die Wortmeldung von StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. Schröck nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).